AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
http://ageconsearch.umn.edu
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

SCHRIFTEN DER GESELLSCHAFT FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN DES LANDBAUES E.V.

Grosskopf, W.; Kappelmann, K. H.: Bedeutung der Nebenbetriebe der LPGen für die Entwicklungschancen im ländlichen Raum. In: Schmitt, G.; Tangermann, S.: Internationale Agrarpolitik und Entwicklung der Weltagrarwirtschaft. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 28, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1992), S.375-385.

BEDEUTUNG DER NEBENBETRIEBE DER LPGen FÜR DIE ENTWICKLUNGSCHANCEN IM LÄNDLICHEN RAUM

von

Werner GROSSKOPF, Stuttgart und Karl-Heinz KAPPELMANN, Nürtingen

1 Ideologische Grundlagen

Ideologische Grundlage der Ausrichtung der Volkswirtschaft in der ehemaligen DDR war eine Orientierung, die auf den Grundsätzen einer marxistischen Ökonomie fußte. Danach war die Konzentration, sowohl in räumlicher Hinsicht als auch produktzweigspezifisch ein Ansatz, der auch für die Landwirtschaft und für die ihr vor- und nachgelagerten Bereiche strukturbestimmend war. Nicht nur die landwirtschaftlichen Unternehmen wurden in ihrer Größe und ihrer Produktionsausrichtung nach diesem Grundsatz der Konzentration ausgerichtet, sondern auch die der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Produktionsstufen wurden entsprechend strukturiert. So wurden die Unternehmen für die Landtechnik oder für die Agrarchemie derart räumlich konzentriert vorgesehen, daß für einen oder sogar mehrere Kreise nur ein Unternehmen eingerichtet wurde, das zentral die entsprechenden Funktionen für die Landwirtschaft auf Kreisebene durchzuführen hatte.

Nach MARX ist "Arbeitsteilung ein Einwicklungsprozeß, der sich nur in seiner Einheit von Trennen des Ganzen und Zusammenfügen seiner Teile auf höherer Ebene realisiert. Im Sozialismus gewinnt die Organisation der Produktion unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei als staatlich geleiteter, bewußt und planmäßig gestalteter Prozeß erst wirklich gesellschaftlichen Charakter. Der Verlauf des Konzentrationsprozesses muß den Erfordernissen der sozialistischen Intensivierung entsprechen, d.h. im Ergebnis zu einer wachsenden Erzeugniskonzentration bei sinkendem Aufwand je Erzeugniseinheit führen" (STREHLE, 1980).

Man versprach sich wohl von der räumlichen und technischen Konzentration eine leichtere Planbarkeit und die Möglichkeit, Größenvorteile im Kostenbereich nutzen zu können. So haben beispielsweise die auf Kreisebene eingerichteten agrochemischen Zentren 80% der Dünge- und Pflanzenschutzarbeiten für die landwirtschaftlichen Unternehmen in ihrer Region durchgeführt. Ihr Einzugsgebiet, gemessen an landwirtschaftlicher Nutzfläche, betrug im Durchschnitt um 24.000 ha (AHRENDS, 1989).

Unter dieser Glocke der straffen Konzentration bildeten sich jedoch Schritt für Schritt bei den einzelnen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nichtlandwirtschaftliche Nebenbetriebe heraus. Diese befanden sich im Eigentum und in der vollen Eingliederung der LPGen. Diese Entwicklung verstieß im Prinzip gegen den marxistischen Grundgedanken der Konzentration. Weitergehend kann ihr Entstehen als konträr zur herrschenden Ideologie angesehen werden. Dennoch wurde ihre Entwicklung zugelassen, zum Teil sogar gefördert, um Fehlentwicklungen in der Planung im Rahmen der konzentrierten Betriebe und Unzulänglichkeiten der hochgradigen Spezialisierung ausgleichen zu können. Diese mehr an eine Gutswirtschaft erinnernde Entwicklung wurde auch deshalb toleriert, weil eine übermäßige Veralterung der Anla-

gen steigende Reparaturaufwendungen und schnelle Verfügbarkeit von Reparaturleistungen erforderte. Diese konnten in der Regel von den zentralen Dienstleistungsunternehmen, den technischen Zentren, nicht erbracht werden. In dieser Lücke einer fehlenden Versorgung blühte die Entwicklung der nichtlandwirtschaftlichen Nebenbetriebe unter dem Dach der landwirtschaftlichen Produktionsunternehmen. Es ist also nochmal zu betonen, daß das Phänomen der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe nicht mit der damals herrschenden Ideologie übereinstimmte. Letztendlich waren es ökonomische Zwänge, die eine Durchlöcherung der Gleichförmigkeit erforderten.

Hinzu kam, auch wiederum aus ideologischer Begründung, zum Teil aber auch aus wirtschaftlicher Realität, daß die landwirtschaftlichen Produktivunternehmen umfangreiche Aufgaben übernahmen, die kommunalen Charakter hatten. Neben der Instandhaltung von Wegen und Gewässern gehörten hierzu die Müllabfuhr, Kindergärten, Dorfverschönerung, Einrichtung und Erhaltung von Sportanlagen u.ä. Dieses ging hin bis zu Aufgaben in der Berufsausbildung, die in der Verantwortung der Betriebe lagen.

2 Nebenbetriebe und kooperative Einrichtungen (1989)

Die folgenden Tabellen zeigen die Bedeutung der Nebenbetriebe der LPGen und ihrer kooperativen Einrichtungen auf. Es wird deutlich, daß diese Unternehmen für die Wirtschaft im ländlichen Raum von hoher Bedeutung waren.

Tab. 1: Arbeitskräftestruktur in den LPGen mit ihren Nebenbetrieben (1989)

1.	Ständige Beschäftigte in den LPGen insgesamt	694.879	(100 %)
	davon:		
2.	in den nichtlandwirtschaftlichen Nebenbetrieben	156.317	(22 %)
	wie		
3.	Bau/Rationalisierung	36.443	(5 %)
4.	Werkstatt/Reparatur	72.445	(10 %)
5.	Verarbeitung/Lagerung	10.780	(2 %)
6.	Kultur und sozialer Bereich	33.673	(4 %)
7.	Berufsausbildung	3.006	(0,5 %)

Quelle: Stat. Amt der DDR. Jahresabschlußbericht 1989.

Die Zahl der Beschäftigten zeigt, daß über 20% der LPG-Beschäftigten in den Nebenbetrieben ihren Arbeitsplatz hatten. Ein größerer Teil der Bauleistungen im ländlichen Raum wurden von diesen Nebenbetrieben erbracht. Ebenso wurde der kulturell-soziale Bereich in den Dörfern von diesen gestaltet. Herauszuheben ist auch, daß die landwirtschaftlichen Produktivunternehmen Maßnahmen zur Dorferhaltung und Dorfverschönerung mitfinanziert und mitgetragen haben. Tabelle 2 zeigt die Ausgabenstruktur für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Dörfern. Immerhin wurden pro Vollbeschäftigten (VBE) im Jahr 1988 knapp 1.800 M für derartige Aufgaben ausgegeben, die in den alten Bundesländern von den Kommunen bzw. von Land oder Bund übernommen werden.

Tab. 2: Finanzielle Beiträge der Landwirtschaftsbetriebe für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Dörfern (1988)

Maßnahmen	Mio. Mark	Mark/VBE	in %
Wohnungsbau	613	659	37
Versorgung/Dienstleistung	202	217	12
Sozialeinrichtungen	235	252	14
Entsorgung/Straßen-/Wegebau	384	412	23
Kultur und Sport	78	84	5
Verschönerung	151	162	9
Summe	1.663	1.788	100

Quelle: Stat. Amt der DDR. Jahresbericht 1988

Im Rahmen der Spezialisierung wurden die kooperativen Einrichtungen gegründet. Die Träger dieser gemeinsamen Einrichtungen waren hauptsächlich die LPGen. Diese Betriebe übernahmen vorrangig Aufgaben beim Betriebsmitteleinsatz und in der Vermarktung.
Der Überblick über die kooperativen Einrichtungen (vgl. Tabelle 3) zeigt, daß diese von der Zahl der Beschäftigten her große Unternehmen waren. In den landtechnischen Zentren wurden pro Zentrum im Durchschnitt um 250 Mitarbeiter beschäftigt. In den agrotechnischen Zentren um 100 Mitarbeiter. In diesen Zahlen wird deutlich, daß hier versucht worden ist, dem Prinzip eines hohen Konzentrationsgrades nachzukommen.

Tab. 3: Zahl der Beschäftigten in den kooperativen Einrichtungen (1988)

	Zahl der Betriebe	Beschäftigte
Landtechnik	191	58.629
Agrochemische Zentren	263	25.987
Zwischenbetriebliche Bauorganisation	200	40.451
Meliorationsgenossenschaften	161	15.214
Aufbereitung, Lagerung und Vermarktung	45	3.802
Trockenwerke, Pelletieranlagen	121	4.766
Mischfutterwerke	49	997
Betreuungseinrichtungen	14	1.240

Quelle: Stat. Amt der DDR, Jahresbericht 1988

3 Entwicklung der Ländlichen Räume

Im Vergleich zu den Ballungsräumen waren durch die Aktivitäten der LPGen die ländlichen Räume zum Teil relativ gut mit Infrastruktur versorgt. So ist nicht nur aus dem Aspekt der zentralen Planung erklärbar, warum in den 80er-Jahren nur eine geringe Abwanderung aus den ländlichen Räumen in der ehemaligen DDR zu beobach-

ten gewesen ist. Die Lebensverhältnisse waren mehrheitlich durchaus vergleichbar in ihrer Qualität mit denjenigen in den Ballungsräumen, wenn auch vermutet werden darf, daß in der ehemaligen DDR im ländlichen Raum wie in den Ballungsräumen in hohem Umfange versteckte Arbeitslosigkeit gegeben war. Im Relativvergleich zur Situation in den alten Bundesländern ist auffällig, daß die Wohnungsversorgung, die Versorgung mit Sozialleistungen, aber auch die Gehaltssituation unter Beachtung der Naturalleistungen besser einzuschätzen war als in vielen städtischen Regionen.

Durch die krasse regionale Trennung von landwirtschaftlicher Produktion und industrieller, gewerblicher Produktion waren in den ländlichen Räumen nur in geringem Maße Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft gegeben. Somit konnten die Arbeitsplätze im ländlichen Raum im weitesten Sinne als mit der landwirtschaftlichen Produktion verbunden angesehen werden. Insbesondere zeigen aber die Tabellen 4 bis 6 die Agrarlastigkeit der ländlichen Räume in den neuen Bundesländern auf.

Es fällt auf, daß der gesamte Norden der fünf neuen Bundesländer ausgeprägt agrarorientiert ist. Zusammenfassend zeigt der Vergleich der Situation der ländlichen Räume in den alten und neuen Bundesländern, daß in den neuen Bundesländern einmal der Abstand der relativen Lebensverhältnisse weniger deutlich ausgeprägt war und ist und daß zum andern die außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätze im ländlichen Raum in den neuen Bundesländern eine untergeordnete Rolle spielen.

Um über mögliche Weiterentwicklungen der Verhältnisse in den ländlichen Regionen der ehemaligen DDR unter marktwirtschaftlichen Bedingungen Tendenzaussagen treffen zu können, soll ein Vergleich mit einer Region mehr Klarheit verschaffen, die sich seit längerer Zeit unter ebensolchen Bedingungen entwickelt hat. Hierfür wurde das Bundesland Niedersachsen gewählt, dessen Strukturdaten in geographischer, demographischer, historischer und ökonomischer Hinsicht gewisse Ähnlichkeiten mit einem größeren Teil der Regionen in den neuen Bundesländern aufweisen.

Es sind zumindest zwei bedeutsame Folgen der Einführung des marktwirtschaftlichen Rahmens für die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Räume in den neuen Bundesländern zu erwarten. Einerseits wird es den landwirtschaftlichen Produktivunternehmen nicht mehr möglich sein, kommunale Aufgaben aus erwirtschafteten Gewinnen zu finanzieren oder zu übernehmen. Darüber hinaus werden eine Reihe von Nebenbetrieben nicht mehr geführt werden können. Es wird der Weg hin zur Kommunalisierung zu gehen sein. Dies gilt insbesondere für die Sozial- und Ausbildungsaufgaben ebenso wie für den Wege- und Gewässerbau, die Müllentsorgung und die Flurbereinigung.

Daneben wird, wie in allen Bereichen, eine Anpassung der Arbeitsproduktivität notwendig sein. Dieses bedeutet mit anderen Worten eine Reduzierung des Arbeitseinsatzes, und zwar in ganz beachtlichem Ausmaß. Im Vergleich zur Situation in Niedersachsen ist zu erwarten, daß die Zahl der Arbeitskräfte in den vor- und nachgelagerten Bereichen eher noch geringer gegeben sein wird unter Beachtung der sich herausbildenden Betriebsstrukturen in der Landwirtschaft.

Die LPGen werden sich wohl auf die Dauer von den meisten ihrer nichtlandwirtschaftlichen Betriebsteile trennen; zum einen, um die gewerbesteuerliche Last zu vermeiden, die nicht nur diese Betriebe, sondern die ganze LPG erfassen würde. Zum anderen fehlen wohl i.d.R. Zeit und Know-How in einer landwirtschaftlich orientierten Betriebsführung, um nichtlandwirtschaftliche Betriebe erfolgreich führen zu können.

Letztlich sind aber auch Finanzierungsprobleme anzuführen. In den LPGen, in denen in den letzten Jahren deutlich Substanz erwirtschaftet worden ist, kann zunehmend die Auszahlung beobachtet werden, mit der Folge, daß zunächst die Nebenbetriebe "liquidiert" werden. Umgekehrt sind in den LPGen mit geringem oder negativem Eigenkapital, also hoher Verschuldung, Investitionen in Bereiche der Nebenbetriebe

Tab. 4: Berufstätige in den Kreisen der DDR nach Wirtschaftsbereichen 1989

	Anteil in Land- und Forstwirtschaft	Anteil im Produzierenden Gewerbe
Anzahl der Kreise:	227	
Mittelwert	17 %	46 %
Minimaler Wert	0 %	9 %
Maximaler Wert	53 %	79 %

Tab. 5: Berufstätige in den Kreisen Norddeutschlands (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen) nach Wirtschaftsbereichen 1989

	Anteil in Land- und Forstwirtschaft	Anteil im Produzierenden Gewerbe
Anzahl der Kreise:	65	
Mittelwert	5,3 %	36,4 %
Minimaler Wert	0,5 %	21,6 %
Maximaler Wert	13,4 %	66,6 %

Tab. 6: Berufstätige in der DDR 1989 nach Wirtschaftsbereichen und Bezirken

Bezirk:	Land- und Forstwirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen
Neubrandenburg	27	32	41
Schwerin	22	36	42
Potsdam	17	44	39
Frankfurt	16	43	41
Rostock	15	37	48
Magdeburg	15	45	40
Cottbus	11	53	36
Erfurt	11	53	36
Halle	10	54	36
Gera	10	54	36
Leipzig	8	54	38
Dresden	8	56	36
Suhl	8	58	34
Chemnitz	6	61	33
Berlin	1	41	58
DDR	11	50	39

[1] Einschließlich der Beschäftigten in den nichtlandwirtschaftlichen Nebenbetrieben und in Leitung und Verwaltung der LPGen, GPG, VEG, KE etc.

Quelle: Statistisches Amt der DDR, Berufstätige in der DDR nach Wirtschaftsbereichen und Territorien, Stichtag 30.09.1989, eigene Berechnung

unmöglich. Diese sind aber notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit so zu gestalten, daß mit Anbietern aus Westdeutschland konkurriert werden kann.

Demnach muß man davon ausgehen, daß ohne unterstützende politische Maßnahmen die Beschäftigung in den Nebenbetriebszweigen der LPGen weitgehend abgebaut wird und diese Betriebe zum größten Teil aufgelöst werden. Aufträge durch LPGen werden nur in Ausnahmefällen gegeben sein, und auch aus der sonstigen Landwirtschaft heraus kommt es zu keiner deutlichen Arbeitsnachfrage, die auch nur annähernd die bisherige Beschäftigung zu halten ermöglicht. In diesem Falle sind mindestens 200.000 Arbeitsplätze gefährdet. Die folgende Tabelle 7 gibt einen Überblick über die Abschätzung zur Entwicklung der Arbeitsplätze in den Nebenbetriebszweigen der LPGen, den VEGen und den kooperativen Einrichtungen.

Tab. 7: Vergleich der normierten Beschäftigtenzahlen: Ehemalige DDR zu neuen Bundesländern unter marktwirtschaftlichen Bedingungen

	Beschäftigte unter marktw. Bedingungen	Beschäftigte in der ehemaligen DDR
Bau	45.000	130.000
Landtechnik	21.600	84.000
Handel	23.000	65.000
Sozialbereich	------	42.000

In der Tabelle sind die realen Zahlen der Beschäftigten in der ehemaligen DDR den über die Fläche oder den Umsatz normierten Zahlen in den neuen Bundesländern, unter der Annahme einer mit Niedersachsen vergleichbaren Situation, gegenübergestellt.

Wird keine aktive Regionalpolitik zur Förderung ländlicher Räume in den neuen Bundesländern durchgeführt, so ist eine deutliche Arbeitsfreisetzung zu erwarten. Dies ist eine Freisetzung, die neben den Entlassungen von Arbeitskräften aus der direkten landwirtschaftlichen Produktion ablaufen wird. Die Folge wird sein, daß eine größere Zahl dieser Arbeitskräfte den ländlichen Raum verlassen werden muß, da nicht zu erwarten ist, daß innerhalb der nächsten drei Jahre in ausreichendem Maße nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze im ländlichen Raum aufgebaut werden können, um damit die Abwanderung aufzufangen. Diese Freisetzung wird zu Dauerarbeitslosigkeit im ländlichen Raum führen oder zur Abwanderung aus dem ländlichen Raum. Im ländlichen Raum sind gegenwärtig kaum außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze vorhanden. Die schon in städtischen Regionen bemängelte, oftmals unvollkommene Infrastruktur ist bezüglich der Verkehrs-, Kommunikations- aber auch Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen zukünftig im ländlichen Raum ungünstiger; wenn auch darauf zu verweisen ist, daß im Vergleich zu städtischen Regionen in ländlichen Räumen gute Wohnangebote vorhanden sind und auch die Qualifikation der Arbeitskräfte in technischen und baulichen Berufen zum Teil als hoch eingeschätzt werden kann. Diese Situation ist aber auch vor dem Hintergrund zu sehen, daß landwirtschaftlicher Nebenerwerb für die bisher in den LPGen Beschäftigten kaum möglich ist. Einerseits ist die Mehrheit von ihnen nicht Bodeneigentümer. Andererseits fehlen sowohl Maschinenausstattung als auch Stallgebäude für entsprechende Aktivitäten. Und letztlich fehlt auch die umfassende landwirtschaftliche Qualifikation, obwohl man zuvor in einer LPG gearbeitet hat.

Übrig bleiben somit nur Resignation oder Abwanderung in den Westen. Diese Einschätzung gilt ganz besonders deutlich für die nördlichen neuen Bundesländer. Sie gilt aber, wenn auch in abgeschwächter Form, für die südlicher gelegenen, neuen Bundesländer.

4 Regionalpolitische Prioritäten

Regionalpolitik geht von dem grundsätzlichen Ziel der Schaffung und Erhaltung gleichwertiger Lebensbedingungen in den einzelnen Teilräumen einer Volkswirtschaft aus (FÜRST et al., 1976). Hierdurch wird die Eingriffsnotwendigkeit, aber auch der Eingriffsumfang, definiert. Gegenwärtig sind die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung in den alten und neuen Bundesländern auf der regionalen Ebene noch wesentlich stärker ausgeprägt als dies in der aggregierten Betrachtung zum Ausdruck kommt. Für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob es im Zuge des Integrationsprozesses eher zu einem Ausgleich oder zu einer Verstärkung der regionalen Entwicklungsunterschiede in den neuen Bundesländern kommen wird. Zu vermuten ist, daß angesichts fehlender Agglomerationsvorteile in den ländlichen Gebieten der Prozeß der ökonomischen Entwicklung auch in Zukunft, d.h. auch in einem marktwirtschaftlichen Rahmen, auf die Ballungsräume konzentriert wird (NUHN, 1988).

Mit regionalpolitischen Aktivitäten werden somit zwei Zielrichtungen verfolgt. Zum einen geht es um die regionale Entwicklung im Dienste einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumspolitik, also um die Mobilisierung von nicht ausgeschöpftem regionalem Entwicklungspotential. Zum anderen hat die Regionalpolitik das Ziel, regionale Disparitäten hinsichtlich der Einkommens- und Beschäftigungschancen sowie der allgemeinen Lebenssituation abzubauen. Dabei können regionale Verteilungsziele und gesamtwirtschaftliche Wachstumsziele komplementär zueinander stehen, wenn förderungsbedürftige Regionen zugleich förderungswürdig im Sinne einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumspolitik sind. Vielfach stehen diese Ziele aber in Konflikt zueinander, und dieses ist ganz ausgeprägt auch für die Situation in den neuen Bundesländern festzustellen. Hier wird die Förderungsbedürftigkeit im Vordergrund stehen. Es ist für die nächsten Jahre nicht zu übersehen, daß eine Politik für den ländlichen Raum verteilungspolitischen Zielen Priorität vor wachstumspolitischen Zielen einräumen muß. Hierauf sind die kurzfristig greifenden Maßnahmen, die im folgenden zu diskutieren sind, abzustellen. Dieses darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß nur längerfristig angelegte, wachstumspolitisch orientierte Maßnahmen dem Ziel eines Heranführens ländlicher Räume an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung dienen können (LAMMERS, 1987).

Gesamtpolitisch muß darauf hingewiesen werden, daß ohne Einschränkung in der langen Frist das Ziel verfolgt wird, in Stadt und Land gleichwertige Lebensbedingungen auch in den neuen Bundesländern zu schaffen. Dies bedeutet, ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu erhalten oder zu schaffen, eine stabile und ausgewogene Wirtschaftsstruktur zu entwickeln, eine gute Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen zu sichern, vor allem auch im sozialen Bereich, und eine gesunde Umwelt zu gestalten. Längerfristig ist anzustreben, den dort lebenen Menschen ganzheitlich gerecht zu werden.

Eine Politik für den ländlichen Raum sollte somit auch von Anfang an in den neuen Bundesländern vom Leitbild einer offenen Gesellschaft ausgehen und sich an marktwirtschaftlichen Prinzipien ausrichten. Der Eindruck einer Konzeption staatlicher Feinsteuerung ist zu vermeiden. Eigeninitiative im ländlichen Raum ist - wie überhaupt das endogene Entwicklungspotential - zu fördern (BRUGGER, 1984). Regionalpolitische Maßnahmen sollten im Grundsatz nicht oder zumindestens weniger darauf ausgerichtet sein, konkrete unternehmerische Entscheidungsprozesse zu beein-

flussen, als vielmehr darauf, überall im Lande durch Einrichtung einer entsprechenden Infrastruktur gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben zu fördern. Hierzu gehören das Bildungsangebot, die Informations- und Kommunikationsstruktur, die Einrichtungen im sozialen Bereich, die Verkehrsinfrastruktur und insbesondere auch der Umweltschutz (VAN SUNTUM, 1981).

Die vielfältig gemachte Erfahrung ist zu beachten, daß Fördermaßnahmen für die Entwicklung ländlicher Räume dann besonders wirkungsvoll sind, wenn sie sich auf den Ausbau der Infrastruktur konzentrieren (BIEHL, 1986). Untersuchungen in den alten Bundesländern kommen zu dem Ergebnis, daß Förderprogramme zur Unterstützung einzelner Unternehmen die Beschäftigungssituation in ländlichen Räumen nicht wesentlich verbessert haben (KLEMMER, 1986). Sie initiieren zum anderen möglicherweise auch Reaktionen in den alten, angrenzenden Bundesländern derart, daß auch diese ihre eigenen unternehmensorientierten Förderungsprogramme wieder reaktivieren und ausbauen, um die Abwanderung von Unternehmen zu verhindern.

Da eine dauerhafte Entwicklung des ländlichen Raumes vor allem an der Förderung eigenständiger, in der Regel kleinerer Unternehmen und Handwerksbetriebe ansetzen muß, kommt der Entwicklung der überbetrieblichen Gewerbeförderungsstruktur in diesen Räumen eine besondere Bedeutung zu. Es empfiehlt sich dabei, von einer Doppelstrategie auszugehen. Stärkung der endogenen Potentiale im kleinräumigen Bereich bei gleichzeitiger Stärkung der zentralen Orte mit ihren Aufgaben für die Infrastruktur im weitesten Sinne und für die höherwertigen Arbeitsplätze vor allem im Dienstleistungsbereich. Global ansetzende, flächendeckende Programme sind dabei, auch unter dem Aspekt der gegebenen Finanzlage, nicht zu empfehlen. Soll in einer Region die Innovationsdynamik nachhaltig gestärkt werden, so kommt wohl vornehmlich eine Nischenstrategie in Frage. Nur in Kleinstregionen sind entsprechende Ansätze einzelbetrieblicher Förderung - und dies allenfalls ausnahmsweise - in Erwägung zu ziehen. Eine Regionalpolitik darf nicht zu einer regionalisierten Einkommenspolitik degenerieren. Es geht darum, den Besonderheiten in den neuen Bundesländern zu entsprechen, ohne dadurch den Wettbewerb zu verfälschen und den Wettlauf um Beihilfen erneut in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland anzuregen.

Einer aktiven Politik zur Forcierung der Wirtschaftskraft aus dem endogenen Potential in den ländlichen Räumen sind zwar enge Grenzen gesetzt. Sie ist aber notwendig. Die Wettbewerbsposition der ländlichen Räume in den neuen Bundesländern im Vergleich zu den alten Bundesländern und der Mehrzahl der Regionen in der EG ist an drei Kriterien festzumachen: dem Lohnniveau und den gegebenen Qualifikationen im Arbeitsbereich, der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur und der in der örtlichen Administration gegebenen Grundstimmung zur Wirtschaftsförderung. Unter den erstgenannten Aspekten darf der ländliche Raum in den neuen Bundesländern im Vergleich zu ländlichen Räumen in der Bundesrepublik als wettbewerbsattraktiv eingeschätzt werden. Zumindest für eine gewisse Zeit ist noch zu erwarten, daß das Lohnniveau unterschiedlich ist. Bedeutsam ist auch, daß die Qualifikation der Arbeitskräfte durch ihre nichtlandwirtschaftliche Tätigkeit für gewerbliche Vorhaben günstig einzuschätzen ist. Deutlich nachteilig aber ist die Infrastrukturausstattung zu beurteilen. Vorteilhaft hingegen wiederum darf der Wille der Administration vermutet werden, Wirtschaftsentwicklung zu fördern.

Im Vergleich zu ländlichen Räumen in der gesamten EG wird nach den ersten Stufen des Ausbaues der Infrastruktur eine Reihe von Standorten in den neuen Bundesländern zumindest als gleichwertig eingeschätzt werden. Die ländlichen Räume in den neuen Bundesländern sind zwar generell im unteren Feld einer Wettbewerbsrangskala einzuordnen, aber nicht am Rande innerhalb des gemeinsamen Marktes der EG zu sehen (GENOSKO, 1990).

5 Regionalpolitische Maßnahmen

Bei den speziell für den ländlichen Raum vorzusehenden Maßnahmen ist von deren Anforderungsprofilen auszugehen. Hierbei steht an erster Stelle die Möglichkeit kurzfristig gegebener Beschäftigungen und des Aufbaus einer absolut notwendigen Infrastruktur des täglichen Lebens im Vordergrund. Erst mit weiterer Priorität ist längerfristig die Einrichtung einer wirksamen Wirtschaftsinfrastruktur und sonstiger Anforderungsmaßnahmen in die Förderung einzubeziehen.

Es sind zunächst Ansätze zu suchen, die der Bevölkerung im ländlichen Raum kurzfristig aus ihrer Sicht sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeit geben. Ein zentraler Ansatz hierzu könnte ein Kreditprogramm sein, das die Wohnbaurenovierung im ländlichen Raum in den Vordergrund stellt. Ein spezifisch für den ländlichen Raum zugeschnittener Rahmen eines entsprechenden Kreditverbilligungsprogrammes für den privaten Bereich zur Renovierung von Häusern und Förderung von Maßnahmen des Energiesparens könnte zum einen die Auftragslage im ländlichen Raum für freigesetzte Arbeitskräfte aus den zuvor beschriebenen Tätigkeitsbereichen verbessern helfen. Zum anderen wären für die Arbeitskräfte, die arbeitslos einen längeren Zeitraum zu überbrücken haben, Ansatzpunkte zur Eigeninitiative und Beschäftigung gegeben. Ein Programm, das eine Zinssubvention und eine Zins-Festschreibung beinhaltet, würde einerseits Anreiz zu entsprechenden Aktivitäten sein, es würde andererseits aber auch die Eigenverantwortlichkeit im sorgsamen Umgang mit Finanzmitteln sichern.

Darüber hinausgehende, sehr kurzfristig wirkende Beschäftigungsprogramme erscheinen für den ländlichen Raum nicht verfügbar und sinnvoll einsetzbar.

Als kurzfristig aufrechtzuerhaltende Infrastruktureinrichtung ist der Bereich der Kinderversorgung und Kindergärten in die Finanzierung einzubeziehen. Auch hier ist die LPG als Finanzierungsbasis ausgefallen. Kommunen, Kirchen oder sonstige sozial-caritativ angelegte Institutionen sind i.d.R. nicht oder noch nicht als Träger verfügbar. Staatliche Hilfestellung zur Aufrechterhaltung der Kindergärten erscheint notwendig. Auch in diesem Fall sollte zumindest mit hohem Anteil und für einen begrenzten Zeitraum die Übernahme der Kosten für diesen Sozialbereich möglich sein.

Der wichtigste Förderungsbereich im ländlichen Raum ist zunächst die existenzielle Infrastruktur (RIETFELD, 1989). Hier sind insbesondere die Wasserversorgung und Kanalisation, die Einrichtung von Kläranlagen und der Ausbau von Dorfstraßen in Angriff zu nehmen. Diese Maßnahmen sollten ohne Beachtung regionaler Besonderheiten uneingeschränkt allen Kommunen angeboten werden. Diese würden die Infrastruktur in den Dörfern schnell und deutlich verbessern helfen und in breitem Umfange Beschäftigungsmöglichkeiten für die freigesetzten Arbeitskräfte aus den LPG-Nebenbetrieben und den Kreisbetrieben schaffen. Mit einem derartigen Programm könnte eine Auftragsvergabe aus den Kommunen heraus forciert werden, die es ermöglichen würde, die aus den Nebenbetrieben der LPGen und Kreisbetrieben freigesetzten Arbeitskräfte entsprechend ihrer fachlichen Qualifikation im ländlichen Raum zu beschäftigen und dort zu binden. Die Bindung würde nicht nur durch die Beschäftigung sondern auch durch die Verbesserung der Lebensbedingungen gesichert.

Demgegenüber sind Programme zur Dorferneuerung nach rein wirtschaftlichen Aspekten auszurichten (DEHNE et al., 1990). Diese sind nicht allen Kommunen von vornherein anzubieten. Hier sollte nach einem entsprechenden Prüfverfahren ausschließlich in den dafür geeigneten Situationen eine entsprechende Förderung angeboten werden; so beispielsweise zum Ausbau von Ressourcen im Fremdenverkehr, zur Einrichtung von gewerblichen Flächen und zum Aufbau von für wirtschaftliche Belange wichtige Verkehrsanbindungen und Kommunikationswegen.

Auch eine Investitionsförderung der Vermarktungsstruktur für landwirtschaftliche Produkte ist nicht nur sinnvoll für die Landwirtschaft selbst. Dadurch wird ein Vermarktungssog nach landwirtschaftlichen Produkten ausgelöst und somit eine direkte Förderung der Landwirtschaft ermöglicht. Derartige Programme sind auch unter Beachtung der Verbesserung der Beschäftigungssituation im ländlichen Raum zu sehen. Außerlandwirtschaftliche Arbeitskräfte lassen sich am ehesten und einfachsten im Bereich der der Landwirtschaft nachgelagerten Sektoren eingliedern. Eine entsprechende Investitionsförderung sollte aber nur auf einen eng abgegrenzten Bereich der Agrarvermarktung bezogen werden. Programme, die auf einzelne Unternehmen hin orientiert sind, sollten außerhalb dieses Bereiches eine absolute Ausnahme sein. Es ist, war und wird nur in den seltensten Fällen sinnvoll sein, direkt einzelne Unternehmen zu fördern. Richtiger ist es, die Förderungsmaßnahmen nicht im privaten sondern im infrastrukturellen Bereich zum Einsatz zu bringen.

Schon heute ist die Unausgewogenheit in der regionalen Wirtschaftskraft in den neuen Bundesländern außerordentlich groß. Zu vermuten ist, daß diese Differenzen langfristig fortbestehen oder sich sogar noch verschärfen werden. Selbst bei einem allgemein kräftigen Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft wird es längerfristig strukturschwache Regionen mit erheblichen Arbeitsmarktungleichgewichten geben. Die Regionalpolitik sollte gerade in diesen Regionen der Infrastrukturerneuerung Priorität einräumen. Die Verantwortlichkeit hierfür liegt vor allem bei den Entscheidungsträgern vor Ort. Sie sind am ehesten imstande, die Initiative zu ergreifen, in der Neues entstehen kann. Ihnen müssen aber gegenwärtig aufgrund der gegebenen Finanzsituation in den Kommunen in sehr deutlichem Maße Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Eine Schwerpunktbildung und Eigenbeteiligung ist dabei Notwendigkeit. So ist unter Beachtung der Finanzlage eine Mischfinanzierung bei Zuschüssen für die Kommunen vorzusehen.

Literatur

AHRENDS, K., Landwirtschaft in der DDR - Theorie und Praxis. Berlin 1989.

BIEHL, D., The Contribution of Infrastructure to Regional Development. Luxemburg 1986, S. 37ff.

BRUGGER, E.A., "Endogene Entwicklung": Ein Konzept zwischen Utopie und Realität. In: "Informationen zur Raumentwicklung", H. 1/2, 1984, S. 1-19.

DEHNE, P., SCHÄFER, R. und E. SCHMIDT, Städtebauliche Dorferneuerung. In: "Informationen zur Raumentwicklung", H. 10/11, 1990, S. 537-552, insb. S. 542ff.

FÜRST, D., KLEMMER, P. und K. ZIMMERMANN, Regionale Wirtschaftspolitik. Tübingen, Düsseldorf, 1. Aufl. 1976, S. 3 ff.

GENOSKO, J., Trends der regionalen und sektoralen Entwicklung von peripheren Gebieten in der EG. In: "Jahrbuch für Regionalwissenschaften", 11. Jg., Göttingen 1990, S. 65-79, insb. S. 75ff.

KLEMMER, P., Regionalpolitik auf dem Prüfstand. BDI-Drucksache 190. Köln 1986, S. 40.

LAMMERS, K., Die Bund-Länder-Regionalförderung-Ziele, Ansatzpunkte, ökonomische Probleme. In: "Die Weltwirtschaft", Nr. 1, 1987, S. 61-81, insb. 80/81.

NUHN, H. und M. SINZ, Industriestruktureller Wandel und Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. In: "Geographische Rundschau", Jg. 40, H. 1, 1988, S. 42-52, insb. S. 50.

RIETFELD, P., Infrastructure and Regional Development - A Survey of Multiregional Economic Models. In: "The Annals of Regional Science", Jg. 23, 1989, S. 255-274.

STREHLE, C., Die gesellschaftliche Arbeitsteilung und Organisation der Produktion in der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft. Meißen 1980.

VAN SUNTUM, U., Regionalpolitik in der Marktwirtschaft. Baden-Baden 1981, S. 142ff.